

AUSTROSLAWISMUS – AUSTROHUNGARISMUS
(DIE AUFNAHME DER TSCHECHISCHEN FÖDERALISTISCHEN
VORSTELLUNGEN IN PEST IN DEN JAHREN 1860–61)

von
VILMOS HEISZLER

Parallelen die sich treffen

Ungarn und Tschechen – ob Anziehung oder Abstossung, jedenfalls entsteht eine Vorstellung von Kontakten beim gleichzeitigen Erwähnen der beiden Nationen. Die Forschungswissenschaftler der ungarisch-tschechischen Beziehungen bewiesen das Bestehen einer langen Reihe von Analogien, beginnend mit dem Zeitalter der Árpáden und Přemysliden über die Jagellonen bis zu den Habsburgern. Ungarn und Tschechen standen in gleichen Situationen zumeist als Rivalen einander gegenüber und der von János Arany dichterisch besungene Zweikampf zwischen Toldi und dem tschechischen Krieger war die in die Sphäre der Dichtung erhobene Formulierung der allgemeinen Vorstellungen. In unserer Studie wollen wir eine Darstellung der ungarisch-tschechischen Kontakte eines Zeitalters wiedergeben, welches als Jahr der versäumten Möglichkeiten in der rückblickenden Erinnerung registriert wird. Der Zeitpunkt des Erlasses des Oktoberdiploms und der Einführung des Schmerling-Provisoriums bilden jenen zeitlichen Rahmen, innerhalb dessen wir den Widerhall der tschechischen Vorstellungen in Ungarn, im Spiegel der Nachrichten des repräsentativen politischen Organs jener Zeit – Pesti Napló –, untersuchen.

Unsere grundlegende Voraussetzung war folgende: der germanisierenden Zentralisation des Absolutismus standen die führenden politischen Schichten beider Nationen gegenüber. Dieses Gegenüberstehen, die Verneinung des gegebenen Systems konnte zweierlei sein: 1. die vollständige Verneinung, die Politik der Errichtung selbständiger Nationalstaaten, die von der revolutionären Emigration vertreten wurde (von ungarischer Seite kann der Name Kossuths, von tschechischer jener Frič's hervorgehoben werden); 2. in den zumeist innerhalb der Reichsgrenzen entstandenen Vorstellungen zutage tretende Politik, welche die gerade bestehende politische Einrichtung verneinte, doch den Bestand der in Mitteleuropa die Funktion einer Grossmacht einnehmenden Habsburger Monarchie nicht aufzulösen wünschte. Mit den Namen Palacký und Deák können wir die Konzeption charakterisieren deren Grundzug das Bestreben war, einen Kompromiss zwischen den Zielsetzungen der Nationalbewegung und dem bestehenden Machtsystem zustandubringen. Das Suchen nach einem Ausgleich mit dem bestehenden System war an beiden Orten, bei den Tschechen

sowohl wie bei den Ungarn, mit einer ähnlichen ideologischen Wendung verbunden: es gelangten die auf die Vergangenheit, auf die historischen Rechte appellierenden politischen Parolen in den Vordergrund. In Ungarn geriet die *Pragmatica Sanctio*, in Böhmen das um vieles unklarere, romantischere tschechische geschichtliche Staatsrecht in den Mittelpunkt der Argumentation der führenden Politiker. Dieses Zurückkehren in die Vergangenheit füllte die Ideologie der in der Welt des Vormärzes aufgewachsenen und mit deren liberalen Gedankenkreis eng verbundenen ungarischen und tschechischen Führer entschieden mit konservativen Elementen.

Das Aufeinanderwirken, die Vermischung des Liberalismus und des Konservatismus charakterisieren also das politische Denken der Ungarn und Tschechen, übrigens in Einklang mit der allgemeinen Tendenz dieses Zeitalters in Europa. Eine neuere Parallele, welche zu einer näheren Untersuchung sozusagen verführt: hatte eine so grosse Analogie nur nebeneinander Platz, oder bestand auch ein Kontakt, ein Aufeinanderwirken? Treffen sich diese Parallelen nur im Unendlichen, oder fand — wenn auch nur aneinanderstossend — ein Treffen auf dem Kampfplatz der ideell-politischen Bezeichnungen statt? Tauschten die beiden nationalen Bewegungen Informationen aus, und wurden sie sich aufgrund der gemeinsamen Bedingungen eines Übereinstimmens ihrer Interessen bewusst, und versuchten sie bejahendenfalls zusammenzuarbeiten? Oder aber schlossen die ungarisch — slawischen Gegensätze — welche in dieser Zeit bereits selbst in den sich mit Politik seltener befassenden Kreisen allgemein bekannt waren — jeden solchen Versuch aus?

Das Endresultat — oder vielleicht richtiger dessen Teilergebnis — dieses Prozesses, das Zustandekommen der dualistischen Einrichtung von 1867 ist allgemein bekannt. Der dahin führende Weg war jedoch keineswegs schnurgerade, wir können diesen sogar nicht einmal als einbahnig bezeichnen: Anläufe, Kurven, plötzliches Innehalten, sogar Wendungen kennzeichnen die Richtung der Fortbewegung der politischen Führungsschichte in Ungarn. Das gesetzte Ziel: die Selbständigkeit Ungarns, die gebietsmässige Integration des von Hl. Stephan geschaffenen Staatskörpers und damit die Erhaltung des Supremats über den von Nationalitäten bewohnten realisierten sich im Dualismus.¹

Diese Vorstellungen aber — die wir wegen des Angleichens der Reichsinteressen an jene Ungarns als Austrohungarismus bezeichnen können — vermochten sich nicht ausschliesslich an den Bestand der Monarchie mit zwei Zentren zu verbinden. Theoretisch konnten die ungarischen Vorstellungen auch mit den austroslawischen Ansichten in Einklang gebracht werden, insofern diese die Integrität des historischen Ungarns nicht gefährdeten und sich nach den aus der Vergangenheit geerbten Landesgrenzen richteten. Die das „historische Staatsrecht“ annehmende, dieses sogar zur grundlegenden Parole erhebende tschechische Nationalbewegung entsprach in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts diesen Bedingungen, es war demnach die Möglichkeit eines Ausgleichs, sogar eines Zusammenwirkens grundsätzlich gegeben. In unserer Studie untersuchen wir, auf welcher Weise diese prinzipiellen Gegebenheiten in Prag und hauptsächlich

aber in Pest beachtet wurden und auf welcher Weise jene Kräfte eine politische Zusammenarbeit anstrebten, die im Jahre 1848 sich gegenüber standen und sich einer kurzen Annäherung, in Jahre 1867 neuerdings voneinander entfernten.

Der Raumgewinn der historisierenden Anschauung auf dem Gebiet der Ideologie und der Politik

Am 20. Oktober 1860 erliess der Herrscher eine Serie von Verordnungen, welche die Geschichtswissenschaft zusammenfassend als Oktoberdiplom kennt. Franz Joseph gab den Völkern des Reiches anhand eines Manifestes bekannt, dass er zwecks Umordnung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse ein Diplom erlässt. Dieser Erlass trug, wie es in der Geschichte des Habsburgreiches schon oft vorkam, die klaren Merkmale eines im Kampfe der verschiedenen Motive zustandegekommenen Kompromisses an sich. Die Elemente der Verfassungsmässigkeit und des Absolutismus, des Föderalismus und des Zentralismus waren in diesem Regelungsplan vermischt, letzteren hatte die damalige graue Eminenz de Hofes, Graf Szécsen endgültig formuliert – gemäss der Anweisung weines kaiserlichen Herrn mit eiliger Hand, da Franz Joseph an den mit dem russischen Zaren und dem preussischen Prinzregenten zu führenden Warschauer Verhandlungen als Herrscher eines Reiches erscheinen wollte, das soeben einer politischen Krise entgangen war.² Gewisse Elemente der Verfassungsmässigkeit vor denen sich Franz Joseph aufrichtig scheute, war er gezwungen zu akzeptieren, doch selbst das Recht der Gesetzgebung behielt er sich zum Teil gemäss der Formulierung des Diploms vor. Die Macht der Exekutive blieb zwar einheitlich und konnte durch den Kaiser auf die Legislative einen Einfluss ausüben, die gesetzgebenden Körperschaften dagegen kamen auf zwei Ebenen zustande: der aus 100 Mitgliedern bestehende Reichsrat – der sich aus den Deputierten der Königreiche und Länder zusammensetzte – war für die das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten zuständig. Die taxative Aufzählung der von diesem zu behandelnden Angelegenheiten bedeutete, dass in sämtlichen weiteren Angelegenheiten die lokalen Landtage kompetent sind, die Länder der ungarischen Krone aufgrund ihrer alten Verfassung, die übrigen aufgrund der später zu erlassenden Provinzstatuten.

Obwohl das Diplom eingangs die Einheit des Reiches betont, wurde mit der Unterscheidung der ungarischen und nicht-ungarischen Reichsteile auch die Möglichkeit einer dualistischen Einrichtung angedeutet. Die auf breiterer Basis beruhende Gebietsautonomie durfte hingegen den slawischen Nationalitäten für annehmbar erscheinen. Franz Joseph reiste in dem Glauben nach Warschau, dass er nunmehr nicht als Herrscher eines vom Zerfall bedrohten Reiches, sondern einer befriedigten Gemeinschaft, doch zumindest versöhnten Nationen am Treffen auftreten kann, welches die Zeitgenossen lebhaft an die Zeiten der Heiligen Alliance erinnerte, das hingegen der Kaiser – der alten Balancepolitik der Habsburger folgend – zur Demonstration gegen die inneren Kräfte des Fortschrittes ausnutzen wollte.

Das Oktober-Diplom kam jedoch nicht als Urkunde einer Vereinbarung zwischen den nationalen Bewegungen und der Dynastie, sondern als eine zwischen den lokalen Aristokratien und der Zentralmacht zustande. Bei deren Entstehen spielte die sich angesichts der Krise vom Jahr 1859 und des Misserfolges des zentralisierenden Absolutismus wieder aktivierende Aristokratie Ungarns und Böhmens die Rolle des Partners gegenüber der Zentralmacht. Diese Aristokratie konnte nach Verebben der Revolutionswelle 1848/49 ihre frühere Position nicht wiedereinnahmen: das System Schwarzenbergs, dann jenes die unmittelbar übernehmende Regierung Franz Josephs stützte sich in erster Linie auf die Bürokratie und das Heer. In einigen Zügen entwickelte sich ein, an eine späte Variante des Bonapartismus erinnernde System, in den auch „bekehrte“ Revolutionäre und auch Vertreter der sich im ancien régime vor 48 nicht durchsetzen Könnenden Schichten zur Geltung kommen wollten.³

Im System der starren Zentralisation, welche die aulische und noch mehr die lokale Aristokratie übergehend regierte und gerne auch als Pionier der Verbürgerlichung erscheinen wollte, erblickte der seinen früheren Einfluss zurückgewinnen trachtende Hochadel seinen Feind zweiten Ranges. Die romantische deutsche Geschichtsphilosophie, die Anschauung einer organischen Gesellschaftsentwicklung der historisch-rechtlichen Schule Savignys boten den, die Revolution und den neoabsolutistischen Versuch in gleicher Weise abweisenden aristokratischen Politikern, die ihre Gegner eines operativen Eingriffes in den natürlichen Lauf der gesellschaftlichen Entwicklung bezichtigten, die ideologische Grundlage. Das konservative ideologische Begriffssystem der Mitte des Jahrhunderts auf die Verhältnisse der Habsburger-Monarchie anwendend erarbeiteten sie die Kategorie der „historisch-politischen Individualität“. Die Formulierung stammt von Graf Szécsen, den in seiner Flugschrift „Die politische Fragen der Gegenwart“ vom Jahr 1851 das Programm einer Umgestaltung des Reiches im konservativen Geist veröffentlichte.⁴ In einem charakteristisch konservativen Geist lehnt er das Ausgehen aus abstrakten Kategorien ab,⁵ und empfiehlt statt der künstlichen Konstruktion die Zulassung einer organischen Entwicklung. Die aristokratischen Politiker erblickten in den von über altersher ererbten ständischen Institutionen verfügenden Einheiten, den Königreichen bzw. Länder, die Träger einer in historischer Vergangenheit wurzelnden Entwicklung. Die Kategorie formulierte Szécsen, doch ist sie inhaltlich nicht neu: József (Joseph von) Eötvös, der von der Revolution erschütterte liberale Politiker umschreibt sie in seiner 1850 veröffentlichten Flugschrift „Über die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Österreich“. Eötvös skizziert hier ein auf den historischen Rechten der einzelnen Königreiche und Länder beruhendes Autonomiesystem, deren Glieder gleichberechtigte Teile des Reiches wären.⁶ Die Arbeit diskutiert laut Zoltán Ferenzi mit dem Föderativplan Palackýs von Jahr 1848, der das Reich auf ethnischer Grundlage umgestalten wollte.⁷ Die Berufung auf die geschichtlichen Rechte bedeutet in ungarischer Hinsicht auf jeden Fall die Einfügung einer der Grundforderungen des ungarischen adeligen Liberalismus, der

Integrität in den Reichsgedanken,⁸ womit Eötvös den weitführenden Weg der konservativen Interpretation des ungarischen Nationalismus eröffnete.

Die, die Aristokratie bewegenden Motive waren beim Erscheinen des Programms, das auf die historisch-politischen Individualitäten beruhte, klar: sich auf die lokalen Autonomien stützend trachteten sie ihre Privilegien zu bewahren. Die Ablehnung des Zentralismus und ihr Stützen auf die lokalen Kräfte brachte sie auf jeden Fall näher zu den nationalen Bewegungen. Diese Annäherung hatte eine gegenseitige Wirkung: die Aristokratie nahm auch nationale Forderungen in ihr Programm auf und die nationalen Bewegungen verloren an ihrer Feindseligkeit gegenüber der Aristokratie. Die Aristokratie gelangt in Ungarn, Böhmen und Galizien in leitende Positionen auch im nationalen, kulturellen und politischen Leben, die nationalen Bewegungen hingegen akzeptierten die auf dem historischen Recht beruhende Argumentation und bereicherten die nationalistischen Ideologien neben dem bisher allgemein dominierenden Liberalismus mit ausgesprochen konservativen Elementen.⁹

Die Verschmelzung des Nationalismus und des konservativen Denkens führte mit einer grösseren Intensität und einem viel grösseren Effekt als Eötvös, der dem zentralistischen Flügel der Reformgeneration vor 1848 nahestehende adelige Politiker: Zsigmond (Sigismund von) Kemény durch. Die Neigung des armen siebenbürgischen Aristokraten zum konservativen Ideenkreis zeigte sich bereits vor 48. Im Laufe seiner Studien in Nagyenyed (Strassburg/Siebenbürgen, Aiud) wurde er mit dem, den Harmonie- und Gleichgewichtsanspruch der Kantschen Philosophie interpretierenden Samuel Kőteles bekannt.¹⁰ Grösser dürfte jedoch der Einfluss der rechtsgeschichtlichen Schule Savignys im liberalen Geist vermittelnde Károly Szász gewesen sein.¹¹ Das Siebenbürgertum Keménys, seine Zugehörigkeit zur ungarischen Aristokratie machten ihn für die Argumentierungen mit historischen Rechten besonders empfänglich, konnte doch diese das wirksamste ideelle Rechtfertigungsmittel der Erhaltung des ungarischen Supremats in Siebenbürgen sein. Zur Zeit seiner Studien in Wien hatte er Gelegenheit mit der österreichischen Philosophie bekannt zu werden. Die Leibnitz-Herbartsche Ideenströmung, die zu jener Zeit in Österreich dominierte, übte in ihrem Streben zur Harmonieschaffung, ihrem Antivoluntarismus, ihrer die Extreme und somit auch die Widersprüche zwischen diesen auszuschalten bestrebende Antidialektik und ihrer daraus folgenden Dynamismuslosigkeit gewiss eine starke Wirkung auf den, für solche Einflüsse sehr empfänglichen Kemény aus.¹²

Von entscheidender Bedeutung für seine Laufbahn und seine Weltanschauung war das Erlebnis vom Jahr 1848 und noch mehr jenes von 1849: seine althergebrachte Abneigung von den Revolutionen und seinen Fatalismus erblickte er mit der schweren Niederlage der Revolution für gerechtfertigt. In dieser Stimmung verfasste er seine beiden berühmten Flugschriften „Forradalon után“ (Nach der Revolution) und „Még egy szó a forradalom után“ (Noch ein Wort nach der Revolution). Die Flugschriften Keménys können wir als einen Versuch eines Aufeinanderabstimmens der Reichseinheit mit dem Minimalprogramm des ungarischen Nationalismus,

als die Grundlage des Austrohungarismus betrachten. Obwohl die Kombination einer Reichseinheit und der ungarischen Selbständigkeit kein neuer Gedanke war — er war ein charakteristisches Motiv der ungarischen, liberalen Politik des Reformzeitalters, ja selbst des ersten Abschnitts der Revolution vom Jahr 1848¹³ — formulierte Kemény programmartig und mit einer weitführenden ideologischen Argumentation jene Prognose, die wir zur hoffnungslosesten Zeit der Gewaltherrschaft mit Recht für die Antizipation der dualistischen Einrichtung betrachten.

Namentlich in seiner zweiten Flugschrift „Még egy szó“ skizziert er mit scharfen Umrissen seine Vorstellung über die seinerseits für wünschenswert erachteten Beziehungen zwischen Ungarn und den Gesamtreich. Von seiner Ansicht über die organische Entwicklung der Gesellschaft ausgehend — nimmt er mit den Worten „die Gesellschaft ist ein organisches Leben — dasselbstbewusste Volk selbst, das mit der Gesamtheit seiner Bräuche, Sitten und Begriffe nicht in das ideale Gebäude jedes Baumeisters eintreten noch dort bequem wohnen wird“¹⁴ — Stellung für die Rechtskontinuität und formuliert seine Grundthese: „Damit die Selbständigkeit unseres Vaterlandes die mit der Einheit des Reiches in vollem Einklang gebracht werden kann, auf der Grundlage der Legitimität eine den neuen Verhältnissen angemessene Lösung finde“¹⁵. Die Vereinbarung der ungarischen Selbständigkeit und der Reichseinheit der Legitimität und der „neuen Verhältnisse“ — hier formulieren sich jene Pole der charakteristisch erwägenden Politik, zwischen denen die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts — im Einklang mit der Hauptrichtung des politischen Denkens der Zeit — zukünftig die Hauptsorge Keménys werden soll.

Das Gleichgewicht ist die zentrale Kategorie der Denkweise der 1850er Jahre. Auch die vor den Revolutionen und Konterrevolutionen zurückschreckenden bürgerlichen Ideologen betrachten in ihren innen- und ausenpolitischen Doktrinen dessen Zustandbringung als erwünschtes Ziel. Der Anspruch auf ein „Gleichgewicht“ setzt natürlich ein Bestehen von Gegensätzen voraus. Die persönliche Beschaffenheit, die Gegebenheiten, die gesellschaftliche Stellung Keménys — ein verarmter Aristokrat — der eine Verbürgerlichung wünscht, jedoch bei Aufrechterhaltung der früheren Rolle des Adels — prädestinierten ihn förmlich dazu die Widersprüche zu formulieren und anfangs der 50er Jahre fühlte er noch genügend Kraft in sich, das Auflösungsrezept der Widersprüche zu erstellen.¹⁶

Die Kategorie des „Gleichgewichts“ verwendet Kemény auch in dem sich mit ausenpolitischen Fragen befassenden Teil seiner Flugschrift und verfasst mit ausenpolitischer Überlegung das ungarische Gegenstück der Ideen Palackýs, den Versuch den Bestand des Habsburgerreiches historisch-philosophisch zu rechtfertigen: „Denn es wurde klar, dass das war für ein geheimnisvolles Opfer schien, eine philosophische Bedeutung hat. Es bestätigte sich, dass genau sowie Ungarn ohne Österreich nicht bestehen kann, so kann sich auch Österreich ohne eine gewisse öffentlich-rechtliche Selbständigkeit Ungarns nicht richtig entwickeln und seine pragmatischen Verhältnisse werden einem unvollendeten Buch gleichen, aus dem die interessanten Seiten fehlen. Es wurde klar ersichtlich, dass auf

dem Territorium das sich aus verschiedenen Zeiten geformt hat und das seit 1804 Österreich genannt wird, das Aneinanderschliessen der einzelnen Länder nicht eine blosse Willkür der Geschehnisse war, sondern ein Selbsterhaltungszwang (. . .). Sich mit seinen germanischen Provinzen auf den Westen stützend, über den Weg des gesäuberten ungarischen Staatswesens auf den Osten wirkend, hält es seine aussenpolitische Bedeutung mit den nötigen Requisiten einer imponierenden Einheit aufrecht, im Inneren bewahrt es treu die freie und übereinstimmende Entwicklung seiner Komponenten: – dies ist jene Berufung, anhand deren ein bisher kaum vorstellbarer Glanz und eine nie geahnte Grösse auf das Reich zuströmen werden.“¹⁷ Auch Ungarn wird eine ausgleichende Rolle zugeordnet: er sieht in einem, sich in das Reich einfügenden Ungarn den geeigneten Vermittler der westeuropäischen Verbürgerlichung¹⁸. Schliesslich überblickt er die möglichen Verbündeten der ungarischen Reichspolitik, wobei er einen Reichsaspekt urgiert: „Jetzt können die Reichsparteien nicht ignoriert werden (. . .). Es ist nicht die Zeit für Erklärungen. Der Raum des öffentlichen Lebens ist verschlossen (. . .) jedenfalls wird es von den Meinungsblöcken des Reiches nur jenen gegenüber Sympathie erweisen, die bei Bewahrung der notwendigen Bedingungen einer Einheit der Monarchie der selbständigen inneren Autonomie der Provinzen einen tunlichst weiten Raum eröffnen werden. Die strange Zentralisierung steht zu unseren Interessen in scharfem Gegensatz, welche Ideen sie auch verkünden mag!“¹⁹

Wenn wir die Flugschriften Keménys mit jenen Eötvös' vergleichen, können wir neben Analogien – die Anerkennung der Einheit des Reiches, die Bewahrung der Integrität des historischen Ungarns, die Ablehnung der Revolution und des zentralisierenden Absolutismus – einen wesentlichen Unterschied entdecken: Kemény war für die Ansprüche des ungarischen Nationalismus um vieles empfindlicher als Eötvös, er betont die Eigenständigkeit Ungarns innerhalb des Reiches. Eötvös hingegen akzeptiert die auf einem gleichen Niveau beruhende Selbstverwaltung Ungarns und der übrigen Bestandteile des Reiches, bei ihm ist Ungarn, ähnlich den übrigen Königreichen und Ländern nur einer der Komponenten des Reiches. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zwischen der Auffassung der beiden Politiker: Kemény geht auch bei Anerkennung der Notwendigkeit des Habsburgerreiches von Ungarn, von den Interessen des ungarischen Nationalismus aus, während Eötvös eher geneigt ist die Interessen des ungarischen Nationalismus allgemeinen, in diesem Fall den Erfordernissen des Reiches unterzuordnen.²⁰ Kemény empfand tatsächlich die Ansprüche des „patriotischen Mittelstandes“ besser und schliesst sich in seiner Flugschrift vom Jahr 1851 bereits diesen an.²¹ Es ist berechtigt seine Propagierung eines Kompromisses mit der Habsburgermacht mit einem negativen Vorzeichen zu versehen, es ist nötig, auf seine konservative Anschauung hinzuweisen – doch würdigten wir bisher zu wenig jenen Politiker, der 1851 den Mut hatte zu erklären, dass er mit der strengen Zentralisierung nicht einverstanden ist (selbst wenn wir im Hintergrund seiner tapferen Freimütigkeit Protektoren hohen Ranges vermuten können).

Die Vorstellungen der Verfasser der Flugschriften und der in Archiven hinterlegten Memoiren dürften nach 1859 in die Nähe einer Verwirklichung gelangt sein. Nach dem Sturz Bachs nahm Goluchowski den Stuhl des Staatsministers ein und diesen Wechsel zeigte in welche Richtung sich der Herrscher orientiert: er versucht die geschichtliche Herausforderung mit den Vorstellungen der historischen Aristokratie zu parieren und neben Einführung verfassungsmässiger Formen vom politischen System des Absolutismus tunlichst viel hinüberzuretten. Das spektakulärste Forum der Aktionen der auftretenden aristokratischen Politiker war der "verstärkte Reichsrat" der im Mai 1860 als beschränkte Beratungskörperschaft nach Wien einberufen wurde. Ausser den ernannten Mitgliedern erhielten auch Vertreter der Königreiche und der Länder – ebenfalls aufgrund einer Entscheidung des Herrschers – einen Platz in der Körperschaft, die neben Bürokraten hohen Ranges und einigen Grossbürgern zumeist aus Mitgliedern der weltlichen und kirchlichen Aristokratie bestand. Aus der gesellschaftlichen Zusammensetzung folgend entstand eine konservative Mehrheit. Der Reichsrat erhielt im Juli das Entscheidungsrecht betreffend Steuern und Anleihen und schuf zu diesem Zweck einen aus 21 Mitgliedern bestehenden Budgetausschuss in welchem die mit dem am besten ausgearbeiteten Programm erscheinenden ungarischen Magnaten tonangebend wurden. Ihr ideologischer Führer war Szécheny, der das auf „historisch-politischen Individualitäten“ beruhende Selbstverwaltungssystem schon seit 1851 propagierte. Ihnen schloss sich unter der Führung des Grafen Clam-Martinic eine Gruppe der böhmischen Aristokraten an. Sie einigten sich darin, dass sie sich mit den Haushaltsfragen nicht begnügen, sondern auch das Programm der vollständigen Umorganisation des Reiches ausarbeiten. Dies enthielt der sog. Mehrheitsantrag der die Anerkennung der historisch-politischen Individualität der einzelnen Königreiche bzw. Länder, deren Autonomie hinsichtlich Verwaltung und innere Gesetzgebung urgierte. Die nationalen Ansprüche wollten sie innerhalb der einzelnen Königreiche und Länder befriedigen. Mit diesem Antrag wollten die aristokratischen Politiker Ungarns und Böhmens die Grundlage des von Eötvös und Szécsen zu Beginn der 50er Jahre skizzierten politischen Systems sichern.²² Der Reichsrat löste sich nach Annahme des Mehrheitsantrags des Ausschusses am 29. September auf und im Oktober wurden hinter den Kulissen die Verhandlungen fortgesetzt, die dann nach dem entscheidenden Ministerrat vom 16. Oktober zur Ausfertigung des Oktoberdiploms führte.

Die Bedeutung der im Sommer 1860 geführten Verhandlungen des „erweiterten Reichsrates“ können wir darin erblicken, dass zum ersten – und zugleich zum letzten Mal – in der Geschichte des Habsburgerreiches ein unmittelbarer politischer Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der einzelnen Königreiche und Länder in einer öffentlichen Körperschaft stattfand, selbst wenn auch diese Vertretung nicht das Mandat, die Vertretung der einzelnen Nationalbewegungen bedeutete: an den Verhandlungen des Reichsrats trafen sich die Vertreter der Aristokratie, die die einzelnen nationalen Forderungen enteignen wollten. Die Enteignungsbestrebungen zeigten aber auch, dass die nationalen Forderungen nicht

weiter ignoriert werden können, diese forderten sich auch in den Plänen der Aristokratie des ganzen Reiches einen Platz.

Unser verhältnismässig langes Verweilen bei der Plänenmacherei der Aristokraten dieses Zeitalters, welche weder von dieser Epoche, noch von den späteren Zeiten hoch eingeschätzt wurde, war deshalb notwendig, weil in den folgenden Jahren sowohl in Ungarn wie auch in Böhmen die hier formulierten konservativen Vorstellungen den Plänen der liberalen Führer der Nationalbewegungen gegenübergestellt und zu wesentlichen Komponenten der Entwicklungsvorstellungen wurden. Zur gemeinsamen Eigenart der ungarischen und tschechischen Nationalpolitik wird in den 60er Jahren die Synthese der aristokratischen Vorstellungen und der im Jahr 1848 niedergelegten und auch 1860 für gültig betrachteten Programme (in Ungarn der auf eine Personalunion beruhende Dualismus, in Böhmen der ethnische Föderalismus).

Ungarisch – tschechischer Gedankenaustausch in der Presse

Mit der Ausfertigung des Oktoberdiploms begann das Zeitalter der verfassungsgemässen Versuche. Zwischen 1860 und 1871 können mehrere Wendungen registriert werden: Oktoberdiplom, Februarpatent, Septembermanifest (1865), Januarpatent (1867), Ernennung des verantwortlichen ungarischen Ministeriums, Dezemberverfassung, Hohenwartversuch; es ist dies das Zeitalter der Suche nach einem anderen Gleichgewicht, in dem – mit Ausschluss der Revolutionsmöglichkeit – der Versuch unternommen wurde den politischen Aufbau des Reiches den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Hinter den vielen Wechseln verbirgt sich ein harter innerer Positionskampf: aus den Unterhandlungen der auch untereinander rivalisierenden Nationalbewegungen und der Dynastie zeichnen sich drei Hauptrichtungen ab: die Deutsch-österreicher betrieben eine zentralistische, die Ungarn eine dualistische und die slawischen Bewegungen eine föderalistische Umgestaltung. Bei einer bloss abstrakten Untersuchung der einzelnen Programme fällt es auf, dass nur die zentralistische und die föderalistische Vorstellung miteinander unvereinbar war, die dualistischen Pläne der Ungarn vermochten zu Beginn der 60er Jahre sowohl mit den deutschen wie auch mit den slawischen Programmen Berührungspunkte zu finden. Der Dualismus bedeutete nämlich im breiteren Sinn nicht unbedingt die Verdoppelung des Zentralismus, wie dies nach 1867 in Erscheinung trat: das ungarische Programm forderte in erster Linie die Unterscheidung Ungarns von den übrigen Teilen des Reiches und bedingte sich hinsichtlich der Einrichtung jenseits der Leitha lediglich die allgemeinen Erfordernisse der Verfassungsmässigkeit. Aufgrund der Erfahrungen der Jahre 1848/49 dürfte in Ungarn natürlich die deutsche Bewegung sympathischer gewesen sein, doch wegen der Germanisierungspolitik zwischen 1849 – 1860 verminderte sich die Sympathie gegenüber den Deutschen kräftig und parallel zur Annäherung an die Nationalitäten entwickelte sich auch ein anders geartetes Interesse: das lähmende Gefühl der Angst vor dem Panslawismus überwindend, wurde man in Pest, im Kampf gegen die germanisierende Zentralisierung, auf die umgebenden slawischen Völker

als potentielle Verbündete aufmerksam. Denn während der Panslawismus als abstrakte Möglichkeit, als eine Gefahr der Zukunft das Gemüt der ungarischen Politiker bedrückte, dürfte wegen der Vereinheitlichungsmassnahmen deutschen Charakters der österreichischen Innenpolitik der 50er Jahre und der in eine weite Perspektive blickenden Mitteleuropapläne der Aussenpolitik — die auf eine unmittelbare Eingliederung des gesamten Habsburgerreiches, somit auch Ungarns in ein grossdeutsches Staatsgebilde abgezielt waren — die Germanisierung für eine akutere Gefahr erschienen sein, gegen die man sich nach einem Verbündeten umsehen musste.²³ Solche Verbündete konnten die slawischen Völker des Habsburgerreiches sein. Um jedoch eine Kooperation irgendwelcher Art im Zeichen einer Verneinung der Zentralisation entwickeln zu können, stellten die ungarischen Forderungen ernste Bedingungen: die Anerkennung der Integrität und des ungarischen Supremats innerhalb der historischen Grenzen Ungarns. Die hervorragende Gestalt des Austroslawismus, Palacký verletzte gerade diese Forderung am empfindlichsten mit seinem Föderalisierungsplan von Jahr 1849, der aus einer naturrechtlichen Auffassung ausgehend, die Habsburger-Monarchie auf ethnischer Grundlage gestalten wollte. Die, das Bestehen des Reiches akzeptierenden, sich in dieses einfügen wollenden ungarischen Führer sahen im ethnischen Föderalismus — mit Recht — eine Gefährdung ihrer Hegemonie in Ungarn, weshalb eine minimale Zusammenarbeit nur in Falle einer Beiseitelegung der Pläne möglich war. Eben deshalb erschienen mit der naturrechtlichen Auffassung polemisierende, das historische Recht als Argumentationsbasis betrachtende Werke seitens ungarischer Autoren. Diese Auffassung machte sich auch die tschechische Aristokratie zu eigen und mit dem Oktoberdiplom erfolgte der erste Versuch zur Vereinbarung der Ansprüche. Dieses Diplom spiegelt, obzwar die Merkmale eines Kompromisses offensichtlich sind, zum Grossteil die Vorstellungen der Aristokratie wider: die ungarische Aristokratie empfand die Betonung der Sonderstellung Ungarns, die tschechische die Einführung des Systems der Landesautonomie für ihren eigenen Erfolg. Die Aristokratie konnte sich jedoch trotz ihres Bestrebens die nationalen Forderungen zu enteignen, nicht als ausschliesslich berechtigter Verwahrer der nationalen Forderungen betrachten, sie wurde auch in Wien nicht als solche angesehen und noch weniger in Prag oder Pest. Die Bejahung des deutschen und des tschechischen Bürgertums und des ungarischen mittleren Adels war bereits eine unerlässliche Bedingung für ein politisches System, das nach einer dauernden Stabilität strebte.

Auf das Oktoberdiplom reagierte man am günstigsten in Prag. Dies ist verständlich, denn das System der Landesautonomie bedeutete die Aussicht auf eine Weiterentwicklung in Richtung der nationalen Autonomie. Die tschechischen national-liberalen Politiker verhielten sich in den 50er Jahren passiv: sowohl Palacký wie auch Rieger zogen sich vom Schauplatz der Politik zurück. Rieger überbrachte in Sommer 1860 gemeinsam mit seinen tschechischen politischen Anhängern dem Herrscher eine Sonderpetition, und in seiner im Frühjahr verfassten Flugschrift greift er die Aristokratie wegen ihres Mangels an nationalem Selbstbewusstsein heftig

an.²⁴ Das im Oktober erreichte Ergebnis wurde aber auch durch die politischen Exponenten des Bürgertums bewertet und damit begann die gegenseitige Annäherung: die bürgerlichen Politiker erhofften sich aus der gemeinsamen Ausnutzung der sich eröffnenden verfassungsmässigen Möglichkeiten einen Handlungsraum, die Aristokraten hingegen eine Massengrundbasis. Das grössere grundsätzliche Zugeständnis machten zweifellos die bürgerlichen Politiker: Rieger führte in Herbst 1860 in zwei deutschsprachigen Zeitungsartikeln die Synthese des nationalen und historischen Programms durch und akzeptierte statt der bisherigen naturrechtlichen Grundlage die Berufung auf das historische Recht, was gleichbedeutend damit war, dass er von einer Zusammenfassung der Tschechen und Slowaken in einer Staats- und Verwaltungseinheit Abstand nahm. Als Gegenleistung trat das Blatt der konservativen Aristokratie „Vaterland“, für die tschechischen Sprachrechte ein. Nach der Annäherung in den Zeitungen kam bald ein persönliches Zusammentreffen zustande (zwischen den beiden Führern Rieger und Clam-Martinic im Januar 1861) und hierauf veranschaulichten demonstrativ gemeinsame Auftritte das Zusammentreffen der bürgerlichen und der aristokratischen Politik.²⁵

Die Annahme des auf dem historischen Recht beruhenden Programms der konservativen Aristokratie bedeutete in Böhmen die Synthese des Liberalismus und des Konservatismus, die lokale Anwendung eines Bündnisses zwischen der Aristokratie und dem Bürgertum, was auch in anderen Teilen Europas für die politischen Geschehnisse richtunggebend war.²⁶ Der Ausfertigung des Oktoberdiploms folgte auch in Ungarn eine freiere Atmosphäre. Die Leitartikelschreiber waren nunmehr nicht gezwungen ihre, die Innenpolitik betreffenden Gedanken in aussenpolitischen Kommentaren zu verbergen. Die Zeitung *Pesti Napló* (im weiteren: PN) befasste sich nach dem 30. Oktober nutiger auch mit Fragen der Nationalitätenpolitik. Der das Blatt lenkende Kemény nahm mit einer bisher ungewohnten Energie Stellung für die 48er Gesetze, er forderte also eine wirkliche Verfassungsmässigkeit über die, Ungarn zugesicherte administrative und legislative Sonderstellung hinausgehend. In dem, an Miksa (Maximilian) Falk gerichteten Brief stellte er ein Programm auf, demnach man in Blatt trachten muss das Vertrauen der Nationalitäten selbst „ihre Vorurteile begünstigend“ zu gewinnen.²⁷ Im Laufe der Monate November–Dezember erschienen auch schon auf den Spalten der PN Artikel Eötvös', Móríc Lukács' und Keménys, die ein weitgehendes Verständnis für die Ansprüche der Nationalitäten bewiesen.²⁸

Kemény verbindet in seinem Artikel vom 6. Dezember den Legitimus mit dem Freiheitsanspruch“ (. . .) wir nehmen mit unseren Legitimitätsansprüchen auf einem Gebiet Stellung, auf das alle, die die Verträge verteidigen, verwiesen sind. Der Unterschied zwischen uns und ihnen ist nur, dass wir Legitimisten der Freiheit sind, diejenige hingegen, zumeist Legitimisten solcher Prinzipien, welche leicht zu Gegnern der Freiheit werden können,²⁹ — kombiniert der Verfasser die Elemente des Liberalismus und des Konservatismus. Sein Mitarbeiter Miksa (Maximilian) Falk aber stellte sich offen auf die Seite der ungarischen Konservativen und deren politische

Erfindung: „Mag man aber auch über die von den ungarischen Reichsräten in den Verderbund gestellten ‚historisch-politischen Persönlichkeiten‘ noch so viel Spott betreiben, die Geschichte (. . .) anerkennt es, dass es die Ungarn (. . .) waren, die sich das Recht erworben haben, nicht nur hinsichtlich ihres eigenen Vaterlandes, sondern auch des ganzen Reiches (. . .). Die nicht-ungarischen Kronländer mögen nach ihrer eigenen Façon selig werden (. . .), nachher sollen sie aber auch unsere Kreise nicht stören“³⁰ — macht schliesslich Falk auf das Erfordernis der ungarischen Integrität aufmerksam.

Auch Kemény setzte im Geist seiner früheren Flugschriften das Aufeinanderstimmen der nationalen Interessen mit den historischen Rechten fort, sich nunmehr mit den Lösungsmöglichkeiten der österreichischen Nationalitätsfrage befassend: „Es ist also kein müssiges Beginnen weder in Pest, noch in Wien über die Übereinstimmung der nationalen Interessen und der historischen Rechte ernstlich nachzudenken (. . .). Da es aber gelingen kann die Nationalitätenfrage auf dem Gebiet der ungarischen Krone zu lösen, könnte es uns gleichgültig sein wie diese Frage in den übrigen Teilen des Reiches gelöst wird? (. . .) hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den Nationalitäten in unserem Vaterland ist es von grosser Wichtigkeit, dass die Nationalitätenfrage jenseits der Leitha ebenso liberal gelöst werde (. . .) wenn wir in unserer Verfassungsmässigkeit Vorkämpfer waren und die übrigen ersuchten uns zu folgen, so wollen wir Vorkämpfer einer Befriedigung der berechtigten Ansprüche der Nationalitäten sein und auch jene Provinzen, die jetzt laut Rundschreiben des Herrn Staatsministers Schmerling einem freieren verfassungsmässigen Dasein entgegenblicken, ebenfalls bitten und ermutigen in verfassungsmässigen Entwurf der nicht-deutschsprachigen Nationen ein Sprachrecht gleichen Ausmasses zuzusichern, wie dies Ungarn den nicht-ungarischsprachigen bereit sein wird zu gewährleisten“³¹. Zwar ist es überhaupt nicht sicher, dass die den ungarländischen Nationalitäten zugedachten Rechte, die nicht-deutschen Nationen jenseits der Leitha befriedigt hätten, zeugt — nach dem Ton der PN vom Dezember 1860 geurteilt — diese Formulierung von einem aufrichtigen guten Willen und was in der Politik vielleicht noch wertvoller ist, von einer Erkenntnis der gemeinsamen Interessen. Dies zeigen die weiteren Artikel Keménys, aus denen hervorgeht, dass er sich mit den österreichischen Nationalitätsproblemen befasste und über die Forderungen, Argumente und staatsrechtlichen Ansprüche der nicht-deutschen Nationalitäten informiert war. Es lohnt sich auch seinen Leitartikel von 3. Januar 1861 eingehender zu prüfen, da seine Sätze, seine über die Neuorganisierung des Reiches gehegten Vorstellungen konzentriert enthalten, die durch das angesehenste Organ jener Zeit das ungarische allgemeine Denken weitgehend beeinflussten. Gleich in dem ersten Satz legt er jene Grundthese nieder, die in den 60er Jahren durch die staatsrechtliche Unterscheidung zwischen Ungarn und dem Reich zum Fundament der ungarischen Auffassung werden soll: „Wir anerkennen, dass wir die Befriedigung der Interessen jenseits der Leitha für eine schwierigere Aufgabe halten, als unsere. Wir müssen die

Gründe aufzählen. *Zum ersten*, ist dort das zahlenmässige Verhältnis zwischen deutsch- und nicht-deutschsprachigen nicht günstiger als auf unserem Gebiet, das zwischen ungarisch- und nicht-ungarischsprachigen. *Zum zweiten*, ist die Geschichte Ungarns die der ungarischen Nation, während sich selbst auch in den österreichischen Erbländern die Interessen nicht um die Geschichte des österreichischen Herzogtums und jener der nicht von Deutschen bewohnten übrigen Teile anhäufte, sondern zwischen diesen und Böhmen teilten. Auch gelangten unter die Regierung des Hauses Österreich ausser den Erbländern noch zwei Provinzen, deren historische Vergangenheit und der Schwerpunkt ihrer nationalen Bestrebungen nicht innerhalb der Grenzen des Reiches zu finden sind: Galizien und die italienischen Teile der Lombardei und Venetiens. Gewiss werden die Tschechen ihre Vergangenheit schwerer vergessen, als bei uns jene Nationen deren Vergangenheit auch ihnen selbst unbekannt ist und sicherlich würde der galizianische Pole, der Italiener aus der Lombardei und Venetien immer resignierter werden, wenn ihre Wünsche statt einer Befriedigung von Ausseren ganz auf das Innere beschränkt würden, als der ungarländische Serbe oder Rumäne.³² Der Artikel vom 3. Januar geht noch weiter als der vor 4 Tagen geschriebene: nunmehr empfiehlt er nicht allein das Beispiel Ungarns, sondern zieht auch eine Grenzlinie zwischen den Nationen mit und ohne Geschichte (welche Unterscheidung in der Geschichtswissenschaft auch heute noch weiterlebt). In der allgemeinen Auffassung des Zeitalters und in der spezifischen Ansicht Keménys aber entwickelte sich die nationale Vergangenheit zum Legitimationsmittel ersten Ranges der politischen Forderungen. Kemény reiht — einem Schriftsteller würdig — auch die Literatur hier ein: „Das Nationalgefühl wird am besten durch eine entwickelte Literatur genährt und gefestigt. In den jenseits der Leitha gelegenen Ländern jedoch besitzen noch drei Nationen eine alte und bedeutende Literatur, während bei uns ausser der ungarischen Literatur die übrigen höchstens junge Sprossen treiben, die wohl zu Hoffnungen berechtigen, aber den nationalen Stolz nicht nähren.“³³ Und es folgt die ausgesprochen konservativ anmutende, mit einem Ausbruch gegen die Ideologen gepfefferte Argumentation für die historischen Rechte, die schon aus seinen Flugschriften bekannt ist und auch in seinen Romanen wiederholt erscheint:³⁴ „Dann würden wir allein die Kroaten ihrer historischen und gesetzlichen Rechte berauben, wenn wir von den fixen Ideen der Ideologen verführt, allein die ungarische Sprache zur Regierungs- und Beratungssprache erklären würden. Die Deutschen dagegen, wenn sie jenseits der Leitha ausschliesslich die deutsche Sprache belassen würden, würden sie damit schon die legitimen Rechte mehrerer Nationen verletzen.“³⁵ Demnach müssten die Ungarn nur mit den Kroaten als gleichberechtigten Partnern rechnen, während die Deutschen in Österreich zumindest auch mit den Rechten der Tschechen, Polen und Italiener rechnen müssen. Hier zeichnet sich nicht das Modell der sich nach sieben Jahren realisierende Dualismus mit zwei Zentren ab, sondern jenes einer Monarchie, welche aus einem, die Rechte Kroatiens beachtenden Ungarn und aus einem loser gebauten jenseits der Leitha liegendem Reichsteil besteht.

Und dass er nicht nur an sprachlich-kulturelle Fragen denkt, geht aus den folgenden Worten Keménys klar hervor: „Und man möge in Wien nicht glauben wie wir es auch hier in Pest nicht glauben, dass alles getan ist, wenn es den Fremdsprachigen zugesichert wird sich ihrer Sprache aus eigener Kraft, ja sogar mit Hilfe der Regierung bedienen zu können (...). Vergebens bringen die Wiener Journalisten gegen uns vor, das wir eine liberale Verfassung erwartet haben und die politische Freiheit die heissen Sahnstüchte der Nationen nur als kühle Tropfen lindern wird (...). Aus dem all geht hervor, dass es jenseits der Leitha zumindest eine so unwiderrufliche Notwendigkeit wie in Ungarn ist den fremdsprachigen Nationalitäten sprachliche Zugeständnisse zu machen, nicht allein auf dem Gebiet der Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Regierung, sondern auch innerhalb der Schranken der statutarischen und legislativen Debatten (...) den Nachteil den der Mangel an autonomen Mittelorganen hervorruft, könnte durch einem umfassenderen Wirkungskreis ausgeglichen werden, der im Reichsrat den tschechischen, polnischen und den übrigen Sprachen zugesichert wird.“³⁶

Das abstrakte Gegenüberstellen von „Verfassungsmässigkeit und Nationalität“ taucht bereits im obigen Artikel auf. Zur Zeit des Kampfes gegen dem Schmerlingschen System des Februarpatents, das die verfassungsmässigen Staatswesensformen betonte, aber gleichzeitig zur Zentralisation wies, die Eigenständigkeit Ungarns allerdings noch respektierte, wurde die Klarmachung des Verhältnisses zwischen Verfassungsmässigkeit und Nationalität, Liberalismus und Nationalismus zur zentralen Frage. Im Kampf gegen das sich mit seinem Liberalismus brüstenden Schmerlingschen Systems und dessen wichtigste gesellschaftliche Basis, die österreichisch-deutsche Bourgeoisie war die Präsentation der liberalen Beschaffenheit der ungarischen nationalen Bewegung von ganz besonderer Wichtigkeit. Gerade unter den Umständen der scharfen Konfrontation mit dem Oberflächen-Liberalismus des Schmerlingschen Systems und seinen bürgerlichen Befürwortern vermischten sich aber in die nationale Propaganda neben der liberalen Argumentation viele wohlklingende Elemente fühlbar konservativer Provenienz.

So griff die PN auch in der Schmerlingschen Verfassungsmässigkeit deren doktrinäre, die historischen Traditionen unbeachtenden, auf abstrakten Ideensystemen beruhenden Züge an. Das die Merkmale des deutschen Zentralismus unmissverständlich aufweisende System rief den Widerstand der Tschechen hervor, die in einer um vieles bedrohlicheren Lage waren als die Ungarn und kräftigte das neue Bündnis zwischen den aus nationalen Gründen gekränkten tschechischen bürgerlich-liberalen Politikern und der den Zentralismus und Liberalismus verneinenden böhmischen Aristokratie.

Die führenden Politiker des tschechischen Bürgertums gaben erst am Ende des Jahres 1860 die naturrechtliche ideologische Basis ihrer Politik auf und akzeptierten in erster Linie aus praktischen Überlegungen das historischrechtliche Programm der feudalen Aristokratie.³⁸ Ihre Entscheidung war vom Februarpatent erleichtert. Anfangs vertrauten nämlich

einige der tschechischen bürgerlichen Führer dem grundsätzlichen Liberalismus Schmerlings, das von Staatsminister ausgearbeitete Wahlsystem zerstreute jedoch ihre sämtlichen Illusionen: dieses begünstigte nämlich eindeutig das deutsche Bürgertum und schmälerte in hohem Ausmass die Wahlaussichten der sich in erster Linie auf die Massen am Lande stützenden tschechischen Politiker. Infolge der Ungerechtigkeit der Wahlordnung und des zentralistischen Charakters der Februarverfassung (das Grundgesetz erweiterte nämlich den Zuständigkeitsbereich des als Vertretung der nicht-ungarischen Länder kreierten „engeren Reichsrates“ zu Lasten der Landtage) konnte sich die unter der Parole der böhmischen Krönung den nationalen Forderungen früher nicht freundlich gesinnte Aristokratie und das tschechische Bürgertum miteinander verbinden.³⁸

Als eines der ersten Ergebnisse der adelig-bürgerlichen Zusammenarbeit erschienen in den für den 1. Mai 1861 einberufenen Reichsrat auch die tschechischen Abgeordneten. Der Führer der konservativen Aristokraten, Clam-Martinic, überredete hierzu Rieger mit dem Argument, dass die tschechischen Abgeordneten innerhalb des Reichsrats die Gegner der Zentralisierung kräftigen und somit auch die Gefahr des Zustandekommen des Dualismus vermindern können. Deshalb erschien Rieger mit seinen Anhängern nebst Einreichung eines Protestes – indem sie sich gegen die ungerechte Wahlordnung und die Verletzung der Rechte des Königreichs Böhmen verwahrten – im Reichsrat, wo sie mit den deutschen Klerikalen, den Polen und Slowenen die oppositionelle Minderheit bildeten.³⁹

Ihr Auftreten wurde auch in der ungarischen Hauptstadt mit Aufmerksamkeit verfolgt, wovon die häufigen Berichte der PN zeugen. Dieses Interesse ist nicht neu: nach der Kräftigung der zentralistischen Tendenzen sodann der Ausgabe des Februarpatents ist die Tendenz der Bündnissuche in den Spalten der PN auffallend. Falk griff bald mit überschwänglicher Eloquenz, bald mit bitterer Ironie die „Februarerlasse“, richtiger die diese rührenden Zeitungen an, um kein Pressevergehen zu verüben.⁴⁰ Falk war schon vor der Ausgabe des Patents bestrebt die Diskrepanzen wettzumachen, die sich aus den abweichenden Zielsetzungen der ungarischen und der tschechischen Politik ergaben. Er tat dies indem er auf einen Artikel der *Národní Listy* reagierte um zu beweisen, dass man auch in Pest auf das neue tschechische Blatt, das das erste Organ ausgesprochen politischen Charakters der tschechischen Nationalbewegung wurde. Zuerst nimmt der geübte Journalist die Pose einer schmerzlichen Überraschung an: „(. . .) wenn wir von solchen angegriffen werden, die im Prinzip mit uns gleicher Ansicht sind, die unter der Fahne der Dezentralisation und für das Nationalitätenprinzip kämpfen, dann erfasst uns wirklich ein an Schmerz grenzendes Gefühl der Überraschung und forschen mit Neugierde nach dem Grund dieses unfassbaren Verhaltens.“⁴¹ Vom Schmerz erholt sagt er dann, dass ihn die Berichte der Wiener Blätter auf die heftigen Angriffe der *Národní Listy* gegen Ungarn aufmerksam machten aber „nachdem wir mit dem Originaltext bekannt wurden, sahen wir eine Linderung fühlend, dass die *Národní Listy* wohl von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen ist, aber sich in ihren Schlussfolgerungen kaum von unseren eigenen Wünschen ent-

fernte (. . .) Das tschechische Blatt drückt seine volle Anerkennung aus, dass Ungarn auf der Basis des historischen Rechts beharren will und dieses um keinen Preis verlassen möchte. . .⁴² Zugleich hält es Falk für eine falsche Voraussetzung, dass Ungarn die Rekrutenaushebung oder die Steuerzahlung verweigern würde: Ungarn hält sich in Wirklichkeit daran, dass die Rechte des Landtages in diesen Fragen Beachtung finden. Er nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass das tschechische Blatt die Forderung eines gemeinsamen Reichsparlaments nicht erwähnt, und hofft bloss, dass „wenn die eine freie Nation mit der anderen verhandeln wird, die Hauptursache infolge derer die Reichsverbinding in Ungarn Missachtung fand, verschwinden wird. Damit nimmt das tschechische Blatt vollständig den Standpunkt der ungarischen liberalen Partei ein (. . .) es hält nur jene höheren Interessen vor Augen, die aus der Aufrechterhaltung der Beziehungen bestehen und denen gegenüber jede weitere Frage eine so nebensächliche Formsache ist (. . .) es will nur, dass Ungarn jene Steuerlasten nicht verweigere, die ihm recht und billig zustehen (. . .). Das Organ der tschechischen Nationalpartei äussert sich demnach nicht gegen uns, sondern aber für uns (. . .) und (die Zentralisten) werden es seinerzeit bitter zu fühlen bekommen, dass sie unter den übrigen Nationen des Reichs vollkommen isoliert dastehen!“⁴³

Die Frage eines Zusammenschlusses der dem Zentralismus gegenüberstehenden Kräfte beschäftigt Falk auch im April noch beim Überblicken der in den einzelnen Reichs- bzw. Landtagen herrschenden Verhältnisse „(. . .) die nicht-deutschen Gruppen stehen umso offener und entschiedener an unserer Seite, da das Bestreben gegen die Zentralisation und Germanisierung ein starkes Band zwischen ihnen und uns bildet. Die Organe der tschechischen Nationalpartei erklärten dies bereits und die Polen werden wahrscheinlich eine noch grössere Sympathie für uns zeigen.“⁴⁴

Die obigen Zitate beweisen, dass bereits vor der Sitzung des Reichsrates und des ungarischen Parlaments ein politischer Gedankenaustausch zwischen Pest und Prag mit Vermittlung der führenden Zeitungen stattfand, und die Störversuche der Wiener Blätter ausser Acht lassend wurden die das ungarische mit dem tschechischen Programm verbindenden Züge bereinigt, und derartig vorbereitet begann der Parlamentskampf gegen das System Schmerlings.

Die PN bot den Verhandlungen im Reichsrat einen breiten Raum. In einem Bericht vom 30. April will der mit drei Sternen zeichnende Berichterstatter wissen, dass die ungarische Frage an den Sitzungen eine zentrale Rolle spielen wird und dass die Tschechen und die Polen dem ungarischen Standpunkt gegenüber den Absichten der Regierung und der deutschen Abgeordneten verteidigen werden.⁴⁵ Die von ihm erwartete gemeinsame tschechisch-polnische Interpellation blieb jedoch aus und die Berichterstatter hoben die Aktivität der tschechischen Abgeordneten hervor, diese dem gleichgültigen Verhalten der Polen gegenüberstellend.⁴⁶ Vom Ende Mai an berichten die Meldungen über ein tschechisch-polnisches Bündnis, das sich zwecks Verteidigung der historischen Rechte der einzelnen Länder anbahnt.⁴⁷ Am Ende des Monats widerlegt der Wiener Berichterstatter der

PN, „(. . .) dass zwischen den Aristokraten, Ultramontanen, Föderalisten und Ungarn eine Koalition im Entstehen ist (. . .), die Herren (die deutschen Zentralisten) können beruhigt sein, wir verbünden uns mit niemandem gegen sie, denn wir wollen uns weder in der einen, noch in der anderen Richtung in ihre Angelegenheiten einmischen, dann aber – hanc veniam petimusque vicissim!“⁴⁸ Der Berichterstatter erkannte jedoch bald die grundsätzliche Identität des tschechischen und des ungarischen Standpunktes: „Der Standpunkt der Tschechen ist klar und natürlich. Zwar ist er nicht frei von politischem Egoismus, dieser politische Egoismus aber ist solcher Art, dass man ihn jemanden nur schwer als Vergehen anrechnen könnte. Die Tschechen sind Freunde der Autonomie und der historischen Rechte der Länder, sie anerkennen im Prinzip daher auch die Rechte der ungarischen Krone (. . .)“⁴⁹ Neben der Identität des grundsätzlichen Standpunktes beleuchtet er auch sofort die Unterschiede der praktischen Politik: „(. . .) die Anerkennung führt in der Praxis zur Personalunion und zum Dualismus des Reiches (. . .)“⁵⁰ Die slawischen Politiker der westlichen Reichshälfte wollten aber auch den Dualismus vermeiden, unter den gegebenen Umständen verband jedoch die gemeinsame Ablehnung des Zentralismus die Interessen der Slawen und der Ungarn.

Versuche der Zusammenarbeit im Sommer 1861

Um vieles weiter, als die allgemeine Formulierung der Nähe der Standpunkte, der ähnlichen Interessen, ging der politische Gedankenaustausch in den Monaten Mai und September 1860. An den Sitzungen des ungarischen Parlaments im Mai sprachen die Redner im allgemeinen über die historischen Rechte der im westlichen Teil des Reiches lebenden Nationen. In den Spalten der PN jedoch konnte man bald weitgehendere Feststellungen lesen. So erfuhr man, dass der Führer der tschechischen Abgeordneten, Rieger, die ungarische Frage im Reichsrat scharf exponierte: er beantragte die Sitzungen zu vertagen, bis die Lösung der ungarischen Frage eine entschiedenere Form annimmt.⁵¹ Der Wiener Berichterstatter verteidigt am nächsten Tag in seinem Kommentar den Antrag Riegers: die Tschechen und Polen wissen, dass die Ungarn keinesfalls erscheinen würden und mit dieser unerfüllbaren Forderung eigentlich nur die Auflösung des Reichsrats erreichen wollten: „entweder ein Reichsrat mit den Ungarn, oder überhaupt kein Reichsrat.“⁵²

Der für die historischen Rechte aussergewöhnlich empfängliche Kémény schlug den wirksamsten Ton gegen den Zentralismus an: „(. . .) so wie wir uns vor den historischen Rechten Kroatiens beugen, so möge auch jenseits der Leitha die Selbständigkeit der tschechischen, polnischen und italienischen Gebiete anerkannt werde. So wie wir uns zwischen dem Pester und dem Agramer Landtag mit losen Beziehungen begnügen, so möge der Reichstag mit so sanften, man möchte sagen, gewichtslosen Bindungen die drei Nationalitäten, die sich jenseits der Leitha auf eine noch selbständigere Vergangenheit berufen können, als diesseits der Leitha, Kroatien an sich knüpfen.“⁵³

Die Kluft zwischen der ungarischen und der deutsch-österreichischen Politik vertiefte sich im Sommer 1861, infolge des am 2. Juli angenommenen Beschlusses des Reichsrats noch weiter, da in jenem der Reichsrat die Zurückweisung der ersten Adresse des ungarischen Landtags unterstützte. Der Beschluss konnte mit den Stimmen der deutschen Mehrheit zustandekommen während sich die tschechischen und polnischen Abgeordneten gegen den Beschluss verwahrten und das Eingreifen des Reichsrats in die Verhandlungen der Krone und des ungarischen Landtags als unzuständig, unangefordert, ungeeignet, ja sogar als verfassungswidrig bezeichneten.⁵⁴

Die PN befasste sich anfangs nur in kurzen Berichten mit dieser Angelegenheit, später griff dann selbst Kemény zur Feder um in einem Leitartikel das heftige Ausfallen der ungarischen Politik auszudrücken und zu konstatieren, dass die Beziehungen zwischen den ungarischen und deutschen Liberalen auf einen Tiefpunkt gelangten. Die nationalen Gegensätze bewiesen sich als stärker als die weltanschaulich-politischen Bindungen: „Im Reichsrat liessen die zentralistischen Deutschen ihre Wut auf uns aus, während ein Teil der nichtzentralistischen Deutschen, sowie die Mehrheit der slawischen Nationalitäten uns gegenüber Nachsicht bezeugten. Die Moral dieser Tatsache aber ist, dass wir Ungarn verhältnismässig die wenigsten Verpflichtungen gegenüber den Zentralisten haben könnten, selbst dann, wenn diese tatsächlich liberal wären und sich nicht nur lügnerisch als Liberale bekennen würden.“⁵⁵

Den negativen Akt der Abstandnahme von den sich dem Schmerlingschen System unterwerfenden deutschen Liberalen folgte bald der positive Schritt; die Anerkennung der slawischen Autonomiebestrebungen: „Die Pester Stimmung verehrt die verfassungsmässige Freiheit der slawisch-deutschen Völker jenseits der Leitha, erachtet aber diese Freiheit nur durch die Vollständigkeit des autonomen Rechtes der Länder für gesichert.“⁵⁶

Nach der ideellen Vorgeschichte der föderalistischen Bestrebungen forschend, zitiert Kemény die Vorstellung einer seiner eindrucksvollsten Lehrmeister Miklós Wessenlénys: „Es lebt noch wach in unserer Erinnerung, das vor 16 Jahren einer unserer vorragendsten Schriftsteller, Redner und Staatsmänner Baron Miklós (Nikolaus von) Wesselényi eine der Hauptstützen der ungarischen Verfassungsmässigkeit davon erwartete, dass die Provinzen jenseits der Leitha als eigene Nationalitäts- und politische Individualitäten möglichst bald in den Genuss der Verfassungsmässigkeit gelangen; und zwar so, dass Böhmen und Mähren den einen, die deutschen Provinzen den zweiten, die polnisch-ruthenischen Provinzen den dritten und die damals noch von niemanden kontestierten italienischen Besitzungen den vierten Block bilden. Wir sehen in diesem System der Blockbildung, die auch die historischen Rechte völlig beachtet, hinsichtlich der Freiheit mehr anerkennenden Worte als in den bisherigen Versuchen mit dem Reichsrat.“⁵⁷ Die Erörterung des Plans Wesselényis vom Jahre 1843 ist eigentlich ein Versuch die ungarischen Vorstellungen mit den tschechischen in Einklang zu bringen; die hier erwähnten „Blöcke“ entsprechen

genau den „historisch-politischen Individualitäten“ des tschechischen Programms.

Dass aber die Person Keménys nicht nur infolge seines grösseren Verständnisses für die Nationalitätenfrage, sondern auch wegen seiner Antipathie gegenüber dem deutschen Bürgertum – die in der gegebenen Lage verständlich war, aber in seiner Anschauung jedenfalls auf die Spuren der konservativ-adeligen Einstellung hinwies – geeignet war die ungarischen und die tschechischen Vorstellungen aufeinander abzustimmen, beweist die Schlussbemerkung seines Artikels: „Die Stimmung in Pest ist ruhig und ohne Aufregungen schon deshalb, weil man den Zeitpunkt nahe sieht in dem das verfassungsmässige Leben der slawisch-deutschen Völker jenseits der Leitha auf eine feste Grundlage gelegt werden kann und jene ständigen Intrigen und Hetzen gegen unsere gesetzlichen Rechte, welche die auf den Gurkenbaum gekletterten Deutsch-Zentralisten mit solcher Virtuosität betreiben, aufhören werden.“⁵⁸

Vielleicht noch augenfälliger als Keménys Stellungnahme waren die Äusserungen Miksa (Maximilian) Falks: der Publizist der fern von Verdacht einer übermässigen Sympathie gegenüber den Slawen stand, lässt den Stimmungswechsel empfinden und ist bestrebt, wohl nicht auf einem so hohen grundsätzlichen Niveau wie Kemény, aber sich umso wirksamer den Erwartungen der „Zielgruppe“ seiner Leser geschickt anpassend die ungarischen und slawischen Vorstellungen in Einklang zu bringen.⁵⁹ In seinem Anfang Juni erschienenen Leitartikel löst er bravourös jenen Widerspruch auf, welcher sich zwischen der Verneinung des Reichszentralismus und den ungarischen Hegemoniebestrebungen der ungarischen politischen Führer spannte: „Die Bewohner Ungarns unterscheiden sich zwar hinsichtlich ihrer Nationalität von einander, jedoch besitzen alle die gleiche öffentlich-rechtliche Grundlage, die gleiche Quelle ihrer politischen Rechte und diese ist die ungarische Verfassung. (. . .) In politischer Hinsicht haben wir es mit homogenen Elementen zu tun und diese kann man gemäss der Regeln der Mathematik addieren. Ganz anders verhält es sich in Österreich. Dort befinden sich nicht allein hinsichtlich der Nationalität, sondern auch der politischen Rechte heterogenen Elemente, die man nicht in einer Summe zusammenfassen kann. (. . .) so viele Länder es in Österreich gibt, genau so vielfältig ist auch die öffentlich-rechtliche Stellung (. . .) Der österreichische Zentralismus ist die fixe Idee einiger österreichischen Staatsmänner, er wurde von der Willkür geboren und von der Kraft durchgesetzt (. . .)“⁶⁰ Wir könnten die genussreich fliessenden, einschmeichelnden Erörterungen Falks noch lange zitieren, wir wollen aber unsere Aufmerksamkeit auf den Schlusssatz konzentrieren in dem Falk der nationalen Selbstbetrachtung schmeichelnd deren narzistische Züge kräftigt und bietet mit der leichtfertigen Unverantwortlichkeit der Schriftgelehrten die ideologische Bestätigung jener Nationalitäten-Politik die in den folgenden Jahrzehnten soviel Unheil anrichten wird: „(. . .) die ungarische Zentralisation ist daher lebensfähig, gerecht und in rechtlicher Hinsicht gerechtfertigt und verfassungsmässig; die österreichische ist demgegenüber versteifend, ungerecht, rechtsverletzend und inkonstitutionnel.“⁶¹

Seine eindrucksvollen journalistischen Arbeiten entbehren aber auch positiv bewertbare Momente nicht: in einem Leitartikel vom Juli legt er zwecks Beseitigung von Missverständnissen seinen Standpunkt bezüglich des Oktoberdiploms dar, wobei er abermals die Vereinbarkeit des ungarischen und des tschechischen Standpunktes illustriert: „(. . .) wir verteidigen das Oktoberdiplom nicht für uns selbst, wir verteidigen es erstens deshalb, weil die nicht-deutschen Nationalitäten des Reiches an ihm festhalten und wir eine Befriedigung der Nationalitäten genau so wünschen wie die Erfüllung unserer eigenen Wünsche, zweitens deshalb, weil wir die Erfüllung unserer Wünsche und die Wiederherstellung unserer rechtmässigen Stellung für möglich halten, wenn der andere Teil des Reichs im Sinne des Oktoberdiploms organisiert wird, nicht aber wenn die Februarverfassung tatsächlich verwirklicht werden sollte. (. . .)“⁶²

Bis zum Sommer 1861 zeichneten sich also in den Artikeln der PN jene Grenzen ab, innerhalb deren die ungarischen liberalen Politiker ein Zusammenwirken mit den einen Föderalismus anstrebenden Kräften für möglich hielten. Die im angesehensten ungarischen Organ erschienenen Mittelilungen und die Sympathiekundgebungen im Parlament blieben auch im westlichen Teil des Reichs nicht ohne Wirkung. Nach dem Gedankenaustausch in der Presse begann im Sommer 1861 eine neue Phase der politischen Fühlungnahme zwischen den ungarischen Politikern und den slawischen jenseits der Leitha: es kam zu einer unmittelbaren Begegnung. Die althegebrachte gegenseitige Sympathie und die neueren gemeinsamen Interessen – und Befürchtungen – brachten es mit sich, dass am raschesten die polnischen und ungarischen Politiker den Weg zueinander fanden. Wegen der sich im Reichsrat zu dieser Zeit entfaltenden tschechisch-polnischen Zusammenarbeit können wir jedoch in der ungarisch polnischen Begegnung mehr als einen Versuch der bilateralen Fühlungnahme erblicken. Wir müssen die Pester Reise des polnischen Politikers Smolka aus Galizien als Vorbereitung eines ungarisch-slawischen Zusammenwirkens gegen die Zentralisierungspolitik Schmerlings ansehen, namentlich im Spiegel der, der Reise folgenden Äusserungen. Der Besuch Smolkas erfolgte im letzten Abschnitt der Kraftprobe zwischen dem ungarischen Parlament und der Wiener Regierung, nach Abfassung der abgeänderten Adresse des Parlaments. In Betrachtung der Antworten auf die zweite Adresse des ungarischen Parlaments (vom 8. August) jenseits der Leitha, stellte Kemény befriedigt fest, dass sich das Blatt „Vaterland“, das Sprachrohr der konservativen Aristokratie: „im ganzen genommen unserer Sache gegenüber so verhält, das man vielleicht nicht als freundschaftlich aber zumindest jedes feindseligen Verhaltens bar bezeichnen kann. ‚Ost und West‘, das Organ der slawischen Nationalitäten Österreichs stellt sich viel entschiedener an unsere Seite, als das Blatt des Grafen Clam „Vaterland“.“⁶³ Der dem demokratischen Flügel der polnischen politischen Kräfte in Galizien nahestehende Smolka, kam mit seinen fünf Mitarbeitern gewiss deshalb nach Pest um den ungarischen Standpunkt unmittelbar kennenzulernen.⁶⁴ In Kenntnis seiner späteren Rolle müssen wir es für wahrscheinlich halten, dass er zur

Darlegung der ungarischen Auffassung in Österreich im Rahmen von unmittelbaren Gedankenaustauschen Informationen sammeln wollte.

Nach der Raumgewinnung der Politik der „starken Hand“ am 22. August in Wien, konnte eine Zusammenfassung der den Zentralismus verneinenden Kräften für noch dringlicher erscheinen, gleichzeitig verlieh die Einführung des provisorischen Systems in Ungarn den regierungsfeindlichen Manifestationen einen ausgesprochen defensiven Charakter. Daher führte der ungarisch-slawische Gedankenaustausch im Sommer schliesslich nur zu Sympathiekundgebungen im Parlament.

Die PN meinte erst, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den tschechischen und polnischen Abgeordneten gelockert hat und die Tschechen eine ungarisch-polnische Kombination befürchten von der sie fernbleiben würden.⁶⁵ In den nächsten Folgen hingegen werden wir von übereinstimmenden Reden der tschechischen und polnischen Abgeordneten (Smolka, Potocki, Palacký, Rieger, Clam -sowohl aristokratische wie bürgerliche Politiker) unterrichtet. Zuerst nahm am 27. August das einzige Mitglied tschechischer Nationalität des Herrenhauses, der von seinem Volk als „Vater der Nation“ betrachtete Palacký zur Auflösung des ungarischen Landtags Stellung. In den inneren Widersprüchen seiner Rede widerspiegelte sich die apodiktische, ideelle und politische Position der tschechischen bürgerlichen Politiker, die eine Vereinbarung suchten. Zuerst legte er mit einer sterilen staatsrechtlichen Argumentation die Unzuständigkeit des Reichsrats in ungarischen Angelegenheiten dar: das Gremium betrachtete er in seiner damaligen Zusammenstellung bloss als „engeren“ Reichsrat, den er in Abwesenheit der ungarischen Abgeordneten selbst für Meinungsäusserungen in ungarischen Angelegenheiten für unbefugt hielt. Dann wies er in geschichtsphilosophischen Erörterungen auch die Unabhängigkeitsbestrebungen ab. Auf den „Zeitgeist“ appellierend legte er fest, dass die Entwicklungsrichtung der Welt zur Zentralisierung, zur Liquidierung der Kleinstaaterei hinweist. Die Staaten gruppieren sich in Bündnisse und dem können sich auch die Ungarn und Tschechen nicht entziehen: das Schicksal verurteilte sie zum Zusammenschluss in einer grösseren Staatseinheit. Die sich nur in Negationen erschöpfende Politik der Ungarn hielt er nicht für ausreichend. Im folgenden Teil seiner Rede begann Palacký sich mit der Analyse der im Reichsrat herrschenden Parteiverhältnisse zu befassen, weshalb er vom Präsidenten des Hauses zur Ordnung verwiesen wurde, worauf Palacký seine Interpellation abbrach.⁶⁶

In den beachtenswerten Auslegungen des grossen tschechischen Historikers und Politikers (seine Feststellungen mit der er das Ende der Kleinstaaterei voraussagt stimmt mit der Auffassung Spencers über die Integrationsentwicklung überein) finden wir das Argumentarsenal seiner späteren berühmten Flugschrift „Österreichs Staatsidee“⁶⁷, mit der er die Erhaltung des Habsburgerreiches anhand geschichtsphilosophischer Argumente zu beweisen versuchte, wie dies Kemény im Jahre 1851 tat.⁶⁸ Die PN nahm natürlich das im gegebenen Zeitpunkt wichtigere unmittelbare Politikum, die staatsrechtlichen Auslegungen Palackýs mit Freuden zur Kenntnis.⁶⁹

Das grösste Echo erweckte – verständlicherweise – Smolkas Diskussionsbeitrag im Abgeordnetenhaus: laut PN „beurteilte er die Adresse des Reichsrats vom ausgesprochen ungarischen Standpunkt aus.“⁷⁰ Dies ist nicht überraschend: Smolka konnte Anfang August die ungarischen Bestrebungen gründlich kennenlernen und vaermittelte die ungarische Auffassung tatsächlich treu: er griff die Theorie der Rechtsverwirkung heftig an und widerlegte die über einen wirtschaftlichen Rückfall Ungarns verbreiteten tendenziösen Gerüchte.⁷¹

Hinter ihm blieb auch der Führer der tschechischen Abgeordneten, der Schwiegersohn Palackýs, Rieger nicht zurück. Der „tschechische Löwe“ – wie den Politiker die PN im Sommer 1861 wiederholt bezeichnete – folgte dem Beispiel seines Schwiegervaters und bezweifelte vorerst auf staatsrechtlicher Grundlage die Befugnis des Reichsrates in ungarischen Angelegenheiten Erklärungen abzugeben. Die Zugehörigkeit Ungarns zum Reich bezeichnete auch er als eine Notwendigkeit und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Ungarn von seinem Recht der Steuer- und Rekrutenbewilligung zu Gunsten einer Gesamtvertretung des Reiches Abstand nehmen wird. Schliesslich griff er die Theorie der Rechtsverwirkung heftig an.⁷² Die führende Persönlichkeit der Aristokraten, Clam-Martinic griff die Theorie der Rechtsverwirkung unter Berufung auf das Legitimitätsprinzip an.⁷³

Die PN würdigte in einem Leitartikel das Auftreten der slawischen Politiker. Der Autor würdigte besonders ihre Angriffe gegen die Zentralisierung und die Rechtsverwirkungstheorie und wies auch darauf hin, dass den ungarischen Standpunkt im vollen Ausmass nur Smolka unterstützte.⁷⁴

Die Parlamentsreden an sich vermochten natürlich weder in Pest, noch in Wien das wieder zu gewaltherrschaftlichen Methoden zurückgreifende System nicht zu erschüttern. Wir müssen die Auseinandersetzungen von Ende August eher als Schlusskapitel eines Versuchs ansehen: das vielversprechende Jahr 1861 mündete schliesslich statt einer Entfaltung, im das System des Provisoriums. Der Anfang der 60er Jahre aber liess im Habsburgerreich – wie in ganz Europa – mannigfaltige Entwicklungsmöglichkeiten aufleuchten. Zwischen den beiden grundlegenden Alternativen, der Aufrechterhaltung der Verhältnisse, bzw. deren revolutionärer Beseitigung boten sich mehrere Lösungsmöglichkeiten an. Die vor einem revolutionären Weg zurückschreckende Führung des mittleren Adels in Ungarn und auch das aus ähnlichen Gründen zu Kompromissen geneigte tschechische Bürgertum suchte nach Möglichkeiten einer Umformung des Reichs und einer Übereinstimmung der nationalen und der Reichsinteressen. Im Gegensatz zu der Entwicklung nach 1867 erkannte es 1861 sowohl die tschechische wie auch die ungarische Politik, dass es gemeinsame Interessen gibt und diese Erkenntnis führte im Sommer 1861 zu parallelen, die gegenseitigen Bestrebungen unterstützenden Aktionen. Anhand gegenseitiger Zugeständnisse – die tschechische Politik anerkannte das Integritätsprinzip Ungarns, die ungarische Politik aber akzeptierte die tschechischen Autonomiebestrebungen – kam eine minimale Plattform zustande, die eine Zusammenarbeit grundsätzlich ermöglichte, in welcher

Hinsicht vor 1867 – in erster Linie tschechischerseits – auch Versuche unternommen wurden.⁷⁵

Für einen kurzen historischen Augenblick veranstalteten in Jahre 1861 die Führer der tschechischen, der ungarischen und der polnischen nationalen Bewegungen keinen Wettlauf zwecks Gewinnung der Gunst der unterstützenden Gewalt, sie wiesen vielmehr die ihnen allen auferlegte Unterdrückungspolitik gemeinsam zurück. Für den die Vorgeschichte und namentlich die Folgen registrierenden Beobachter gestaltet sich dieser Versuch von ansich nicht grosser Tragweite, der aber in seinen Möglichkeiten in die ferne Zukunft wies, in erster Linie deshalb anziehend.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Diószegi, István*: A nemzeti átalakulás és a forradalmi út (Die nationale Umgestaltung und der Revolutionsweg) in: *Diószegi, István*: Hazánk és Európa (Unser Vaterland und Europa) Budapest, 1970. S. 83.
- ² *Szabad, György*: Az önkényuralom kora (Das Zeitalter der Gewaltherrschaft) 1848 – 1867. In: *Magyarország története* (Geschichte Ungarns) 1848 – 1890. Budapest, 1979. Bd. I. S. 657.
- ³ *Tobolka, Zdeněk*: Politické dějiny československého národa od roku 1848 až do dnešní doby. Díl II. 1860 – 1879. Praha, 1933. S. 29.
- ⁴ Überhandnahme des militärisch-bürokratischen Apparats nach der Niederschlagung der Revolutionen s. *Lutz, Heinrich*: Von Königgrätz zum Zweibund. Aspekte europäischer Entscheidungen. Historische Zeitschrift 1973. S. 347 – 380. Vgl.: *Németh, G. Béla*: Létharc és nemzetiség. Irodalom- és művelődéstörténeti tanulmányok (Daseinskampf und Nationalität. Literatur- und Kulturgeschichtliche Studien). Budapest, 1976. S. 416 – 417, 431 – 436.
- ⁵ *Halász, Gábor*: Magyar viktoriánusok (Ungarische Viktorianer). In: *Halász, Gábor*: Válogatott írásai (Ausgewählte Schriften). Budapest, 1977. S. 309; *Kazbunda, Karel*: Otázka české korunovace roku 1861. Český časopis historický, 1927. S. 61; *Okáč, Antonín*: Rakouský problém a list Vaterland. 1860 – 1874. Brno, 1970. Bd. II, S. 311; *Szabad, György*: Gen. Werk S. 481.
- ⁶ Über die Theoriegegnerschaft des Konservativismus s. *Nyíri, Kristóf*: Forradalom után. Kemény, Eötvös és Madách (Nach der Revolution. Kemény, Eötvös und Madách). In: *Nyíri, Kristóf*: A Monarchia szellemi életéről. Filozófiatörténeti tanulmányok (Über das Geistesleben der Monarchie. Philosophische Studien). Budapest, 1980. S. 37, er zitiert die grundlegenden Feststellungen von Károly Mannheim.
- ⁷ *Redlich, Joseph*: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Wien – Leipzig, 1920 – 1926. I. S. 565 – 568; *Szabad, György*: gen. Werk S. 475.
- ⁸ *Fenyő, István*: Magyarság és emberi egyetemesség. Eötvös József, a publicista (Ungarum und menschliche Universalität. József Eötvös, der Publizist). In: *Eötvös, József*: Reform és hazafiság. Publicisztikai írások (Reform und Patriotismus. Publizistische Schriften). Budapest, 1978. I. S. 47; *Ferencci, Zoltán*: Báró Eötvös József (Baron József Eötvös). Budapest, 1903. S. 156 – 177.
- ⁹ Vgl. *Kosáry, Domokos*: Kemény és Széchenyi 1849 után (Kemény und Széchenyi nach 1849). Irodalomtörténeti Közlemények. 1963. S. 154.
- ¹⁰ *Kann, Robert*: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Graz – Wien – Köln, 1964. I. S. 47 – 48.
- ¹¹ *Barla, Gyula*: Kemény Zsigmond főbb eszméi 1849 előtt (Hauptideen Zsigmond Keménys vor 1849). Budapest, 1970. S. 10 – 18.
- ¹² *Barla, Gyula*: gen. Werk, S. 27; *Németh, László*: Kemény Zsigmond. In: *Németh László*: Az én katedrám. Tanulmányok (Mein Katheder. Studien). Budapest, 1969. S. 600; *Németh, G. (Béla)*: Kemény Zsigmond. In: *Magyar Irodalmi Lexikon* (Ungarisches Literaturisches Lexikon), Budapest, 1963. Bd. I. S. 618; vgl.: *Nyíri, Kristóf*: gen. Werk S. 36, er betrachtet den Einfluss von Köteles für unbedeutender als Károly Szász.

- ¹³ Zu den Charakterzügen des österreichischen Geistesleben s. *Cysarz, Herbert*: Deutsche Philosophie im Prager Raum seit Bernard Bolzano. In: *Bohemia. Jahrbuch des Collegium* Bd. 9. München, 1968. S. 230; *Johnston, William*: Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848–1938. Wien–Köln–Graz 1974. S. 189; *Kiss, Endre*: A K. u. k. világrend" halála – Bécsben (Tod der „K. u. k.-Weltordnung“ – in Wien). Budapest, 1978. S. 36–48; die Bedeutung der Wiener Jahre Keménys hebt *Németh, G. Béla* hervor: gen. Werk, S. 619.
- ¹⁴ *S. Diószegi, István*: A kiegyezés – magyar szemszögből (Der Ausgleich – vom ungarischen Gesichtspunkt). In: *Diószegi, István*: Hazánk és Európa (Unser Vaterland und Europa). Budapest, 1970. S. 135.
- ¹⁵ *Kemény, Zsigmond*: Még egy szó a forradalom után (Noch ein Wort nach der Revolution). Pest, 1851. S. 40, Zitiert v. *Nyíri, Kristóf*: gen. Werk, S. 43 als eines der am klarsten konservativen Bilder.
- ¹⁶ *Kemény, Zsigmond*: Gen. Werk S. 44.
- ¹⁷ Zur Frage Kemény und das Gleichgewicht s. *Sőtér, István*: Kemény Zsigmond történet-szemlélete (Zsigmond Keménys Geschichtsanschauung). A Magyar Tudományos Akadémia Nyelv- és Irodalomtudományi Osztályának Közleményei, 1961. S. 98–100; *Sőtér, István*: Polgárosodás és nemesség (Verbürgerlichung und Adel). A Magyar Tudományos Akadémia Nyelv- és Irodalomtudományi Osztályának Közleményei 1962. S. 140; *Sőtér, István*: Eötvös József. Budapest, 1967. S. 273. *R. Várkonyi, Ágnes*: A pozitivisták történetiszemlélet a magyar történetírásban (Die positivistische Geschichtsanschauung in der ungarischen Geschichtsschreibung). Budapest, 1973. Bd. II. S. 206.
- ¹⁸ *Kemény, Zsigmond*: gen. Werk S. 130–131.
- ¹⁹ Gen. Werk S. 158–165.
- ²⁰ Gen. Werk S. 203.
- ²¹ Zur Charakterisierung der Flugschrift Eötvös' s. *Ferenczi, Zoltán*: gen. Werk S. 176; *Kosáry, Domokos*: gen. Werk S. 164; *Sőtér, István*: Eötvös... S. 278. Sőtér bezeichnet die Meinung Keménys für einen „viel richtigeren“ Standpunkt, s. gen. Werk S. 282.
- ²² *S. Nagy, Miklós*: Kemény Zsigmond. Budapest, 1972. S. 61.
- ²³ *Grzybowski, Konstanty*: A dualizmus történelmi fejlődése, politikai elmélete és funkciói (Historische Entwicklung, politische Theorie und Funktionen des Dualismus). In: *Jogtörténeti tanulmányok (Rechtshistorische Studien)*, Bd. II. Budapest, 1968. S. 21–22; *Kolmer, Gustav*: Parlament und Verfassung in Österreich. Wien–Leipzig, 1902. I. S. 23; *Okáč, Antonín*: gen. Werk, S. 56–64; *Redlich, Joseph*: gen. Werk I. S. 521–546; *Szabad, György*: Forradalom és kiegyezés választóját (Auf dem Scheideweg zwischen Revolution und Ausgleich). Budapest, 1967. S. 59–60; *Tobolka, Zdeněk*: gen. Werk S. 25–29.
- ²⁴ S. Pesti Napló 23. März 1861, Leitartikel von Ágoston Trefort über eventuelle Auswirkungen der deutschen Einheit.
- ²⁵ *Kazbunda, Karel*: Národní program český a zápas o politický list. Český časopis historický 1927. S. 538–548; *Krejčí, Karel*: Z doby Nerudovy. (Úvodem.) Praha, 1959. S. 11–22; *Urfus, Valentin*: Die Ausprägung der Idee des historischen böhmischen Staatsrechtes in den sechzig Jahren des 19. Jahrhunderts und der österreichisch-ungarische Dualismus. In: Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867. Materialien (...) der internationalen Konferenz in Bratislava. Hrsg. *Vantuch, A. – Holotik, L.*: Bratislava, 1971. S. 541–546.
- ²⁶ *Havráněk, Ján*: Česká politika, konservativní aristokracie a uspořádání poměrů v habsburské říši v letech 1860–1867. In: *Sborník historický* 17, Praha, S. 70–78; *Havráněk, Ján*: Die tschechische Politik und der Ausgleich von 1867. In: Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867..., S. 522–528; *Gogolák, Louis*: Tentatives de compromis austro tchèque au XIX-e siècle. Revue d'histoire comparée 1945. S. 72–95; *Kazbunda Karel*: Otázka... S. 64–72; *Přehled československých dějin*. Díl II. 1848–1918. Svazek I. 1848–1900. Praha 1980. S. 219–227. *Tobolka, Zdeněk*: gen. Werk S. 37–43.
- ²⁷ Vgl. *Kann, Robert*: gen. Werk II. S. 98; *Polišenský, Josef*: Rakousko, Prusko a Německo, 1850–1866. Československý časopis historický 1967. S. 261.
- ²⁸ *Papp, Ferenc*: Bárány Kemény Zsigmond, Budapest, 1922. S. 391.
- ²⁹ Vgl. *Szabad, György*: gen. Werk S. 308.
- ³⁰ Pesti Napló 26. Dez. 1860. Leitartikel von Zsigmond Kemény.
- ³¹ Pesti Napló 8. Dez. 1860. Leitartikel von Miksa Falk (Fk.).

- 32 Pesti Napló 30. Dez. 1860. Leitartikel von Zsigmond Kemény.
- 33 A. a. O.
- 34 Nagy, Miklós: gen. Werk S. 106 – 113, Bewertung der Gestalt Eduárd Jenő's.
- 35 Pesti Napló, a. a. O.
- 36 A. a. O. Hervorhebungen im Originaltext!
- 37 Zacek, Joseph: Palacký and the Austro-Hungarian Compromise of 1867. In: Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867... S. 565 – 566.
- 38 Vgl. Kazbunda, Karel: Otázka... S. 74 – 81; Tobolka, Zdeněk: gen. Werk S. 60 – 61.
- 39 Havráněk, Ján: Die tschechische Politik. S. 526 – 528; Kolmer, Gustav: gen. Werk I. S. 55 – 69.
- 40 Pesti Napló 3. März 1861. Leitartikel von Miksa Falk.
- 41 Pesti Napló 19. Febr. 1861. Leitartikel von Miksa Falk.
- 42 A. a. O.
- 43 A. a. O.
- 44 Pesti Napló 9. April 1861. Artikel von Miksa Falk.
- 45 Pesti Napló 2. Mai 1861.
- 46 Pesti Napló 5. und 7. Mai 1861, Berichte von den Sitzungen des Reichsrates.
- 47 Pesti Napló 29. Mai 1861.
- 48 Pesti Napló 30. Mai 1861. Leitartikel.
- 49 Pesti Napló 7. Juni 1861.
- 50 A. a. O.
- 51 Pesti Napló 12. Juni 1861, „Esti posta“ (Abendpost). Vgl. Kolmer, Gustav: gen. Werk I. S. 86.
- 52 Pesti Napló 13. Juni 1861.
- 53 Pesti Napló 18. Juni 1861, Leitartikel von Zsigmond Kemény.
- 54 Szabad, György: gen. Werk S. 562.
- 55 Pesti Napló 9. Juli 1861, Leitartikel von Zsigmond Kemény: Schlusswort der Sitzung des Reichstages vom 2. Juli.
- 56 Pesti Napló 14. Juli 1861, Leitartikel von Zsigmond Kemény.
- 57 A. a. O.; über die Beziehung zwischen Kemény und Wesselényi s. Németh, László: gen. Werk S. 603; Barla, Gyula: gen. Werk S. 106. Die Beziehung zwischen Kemény und Wesselényi und infolgedessen das Tege Interesse Keménys für die slawischen Völker und ihrer Literatur hebt Nagy, Miklós hervor: gen. Werk S. 27 – 29 und 55.
- 58 Pesti Napló, a. a. O.
- 59 Falk hatte gute Beziehungen zum Chefredakteur der Zeitung Tagesbote aus Böhmen, die die Hanka'sche Handschriftenfälschung aufdecken wollte. S. Angyal, Dávid: (hrsg.) Falk Miksa és Kecskeméthy Aurél elkobzott levelezése (Konfiszierte Korrespondenz von Miksa Falk und Aurél Kecskeméthy). Budapest, 1926. S. 429.
- 60 Pesti Napló 4. Juni 1861, Leitartikel von Miksa Falk.
- 61 A. a. O. I
- 62 Pesti Napló 17. Juli 1861, Leitartikel von Miksa Falk.
- 63 Pesti Napló 14. Aug. 1861.
- 64 Berzeviczy, Albert: Az abszolutizmus kora Magyarországon (Das Zeitalter des Absolutismus in Ungarn). Bd. III. Budapest 1932. S. 313 – 314; Szabad, György: gen. Werk S. 599; Pesti Napló 11. Aug. 1861.
- 65 Pesti Napló 28. Aug. 1861.
- 66 Palacky, Franz: Gedenklblätter. Prag, 1874. S. 258; Palacký, František: Úvahy a projevy. Z české literatury, historie a politiky. Praha, 1977. S. 271 – 273; Tobolka, Zdeněk: gen. W. S. 65; Pesti Napló 29. Aug. 1861.
- 67 Zacek, Joseph: gen. Werk S. 557 – 559.
- 68 Vgl. mit dem Stoff der Anmerkung Nr. 17.
- 69 Pesti Napló 31. Aug. 1861. Bezüglich der Beziehungen Palackys zu Ungarn s. Pražák, Richard: A magyarok és a cseh irodalom 1849 – 1867. In: Tanulmányok a csehszlovák – magyar irodalmi kapcsolatok köréből (Die Ungarn und die tschechische Literatur 1849 – 1867. In: Studien aus dem Bereich der tschechoslowakisch – ungarischen literarischen Beziehungen). Budapest, 1965, S. 227, hebt namentlich die ideellen Beziehungen zwischen Palacky und den Zentralisten hervor; Ferner Kann, Robert: gen. Werk II. S. 142; Macárek, Josef: Z dějin česko – mad'arské spolupráce v letech 1860 – 1867. Slovanský přehled 1969,

S. 334–335; *Sziklay, László*: Tallózás csehszlovákiai levéltárakban (Nachlese in Archiven der Tschechoslowakei). Irodalomtörténeti Közlemények 1957, S. 399–400; *R. Várkonyi, Ágnes*: gen. Werk II. S. 457; *Szalay, László*: Zeugenverhör über den Tod König Ladislaus von Ungarn und Böhmen im Jahre 1457. Eine kritische Zusammenstellung und Würdigung der darüber vorhandenen Quellenangaben von Franz Palacký. Budapesti Szemle 1957, S. 149; *Fried, István*: Mad'ari o Palackém. Slavia 1973. S. 421–424.

⁷⁰ Pesti Napló 30. Aug. 1861.

⁷¹ A. a. O.; vgl. *Berzeviczy, Albert*: gen. Werk III. S. 329; *Szabad, György*: gen. Werk S. 599.

⁷² Pesti Napló 31. Aug., 6. Sept. 1861.

⁷³ Pesti Napló 30. Aug. 1861.

⁷⁴ Pesti Napló 1. Sept. 1861. Leitartikel.

⁷⁵ Wir denken hauptsächlich an die Aktionen der jungtschechischen Politiker in den Jahren 1864–65, die eine besondere Studie verdienen.